

Horst Arenz

Verstaatlichung oder Vergesellschaftung?

- Zu linken Debatten über die Finanz- und Bankenkrise

Von der Zerrüttung des Kreditsystems zur Weltwirtschaftskrise

Die Finanz- und Wirtschaftskrise spitzt sich immer weiter zu. Trotz staatlicher Rettungsaktionen in bislang unvorstellbarer Größenordnung in durchweg allen entwickelten kapitalistischen Ländern müssen sowohl EZB-Präsident Trichet und IWF-Chef Strauss-Kahn Mitte Januar konstatieren, dass sich der Abschwung weltweit beschleunigt. Auch noch so drastische Interventionen der Notenbanken haben daran nichts geändert. In einer Analyse des tschechischen EU-Ratsvorsitzes von Ende Januar wird festgestellt, dass sich die Kreditklemme seit Oktober verschärft hat und nun eine zweite Welle von Banken-Rekapitalisierungen droht. Zugespitztester und zugleich absurdester Ausdruck dieses Prozesses ist die Ausweitung der sog. Kreditversicherungen („credit default swaps“ - CDS), die in den letzten acht Jahren von einer Bio. auf 60 Bio. US-\$ hochgeschneit sind und international führende Banken in existentielle Probleme gebracht haben - im Falle von Bear Stearns und Lehman Brothers zur Insolvenz und bei der weltgrößten Versicherungsgesellschaft AIG an den Rand des Zusammenbruchs.

Der US-Ökonom Roubini hält den Bankrott des Bankensystems der USA für eine Tatsache. Sie erfordere eine über mehrere Jahre sich hinziehende Phase der Stabilisierung und Erholung. In Deutschland räumt das BMF ein, dass trotz mehrerer massiver Rettungsaktionen der eingetretene Entwertungsprozess soweit fortgeschritten ist, dass immer noch bis zu einer Bio. Euro unbesicherter bzw. leistungsgestörter Wertpapiere in den Bankenbüchern schlummern. Offiziell bestätigt wird die Summe von 300 Mrd. Euro.

Begonnen hat die Abwärtsspirale mit der im Sommer 2007 offen ausgebrochenen Finanzkrise. Ihr war vorausgegangen ein Boom der Immobilienpreise in wichtigen kapitalistischen Ländern, der im Sommer 2006 seinen Höhepunkt fand. Bereits im September 2006 titelte die Süddeutsche Zeitung: „An den Kapitalmärkten wächst die Furcht vor einem abrupten Ende der Spekulationsblase am amerikanischen Immobilienmarkt.“ In zahlreichen anderen kapitalistischen Ländern (vor allem Großbritannien, Irland, Spanien und auch Frankreich) ist ein ähnlicher und zeitgleicher Verlauf der Immobilienmärkte zu beobachten.

Die Entwicklung ist begleitet von der enormen Aufblähung privater Geldvermögen mit einer extremen Konzentration auf die begüterten Schichten. Sie ist letztlich Resultat einer grundsätzlichen Veränderung des Charakters des modernen Kapitalismus zum sog. Finanzmarktkapitalismus.

Vor dem Hintergrund wachsender Verwertungsengpässe des Kapitals im Produktionsprozess und steigender, nach Verwertung suchender Vermögen treibt der Konkurrenzdruck der Renditemaximierung das Anlage suchende Kapital in die Sphäre der Finanzanlagen. Die Interessen der Vermögensbesitzer, Aktionäre und Finanzinvestoren wird zur dominierenden Triebkraft der Ökonomie. Die dem Finanzmarktkapitalismus adäquate Ideologie ist der Neoliberalismus. Jeder sollte zum Eigentümer werden und auf der Basis des - auch über Kredit finanzierten - Eigentums über sein Leben autonom bestimmen. Die vermögensgetriebene Ökonomie („wealth driven economy“) sollte zum Organisationsprinzip moderner Gesellschaften werden.

Diese Entwicklungsphase ist jetzt zu einem abrupten Abschluss gekommen - mit zerstörerischen Wirkungen unvorstellbaren Ausmaßes. In einer neueren Studie von

Goldman Sachs wird die seit Sommer 2007 bis heute eingetretene globale Entwertung auf zwei Bio. US-\$ geschätzt. Roubini schätzt die Verluste des US-Bankensystems in der Finanzkrise auf 3.600 Mrd. US-\$. Etliche Ökonomie-Experten sehen diesen Prozess erst am Beginn einer Entwicklung, charakterisiert durch weiter fallende Immobilienpreise, Schulden- und Preisdeflation, steigende Arbeitslosigkeit und einer Reihe von Währungskrisen in Schwellenländern. In ersten Zeitungsartikeln wird der Staatsbankrott Großbritanniens an die Wand gemalt. Die Risikoaufschläge für deutsche Unternehmensanleihen schnellen nach oben. Paul Krugman resumiert: „Das Ganze sieht fürchterlich nach einem Beginn einer zweiten Großen Depression aus.“ Auch der Chef der spanischen Notenbank hält die Gefahr eines Abrutschens der Weltwirtschaft in eine Globale Depression für real.

Anforderungen an die politische Linke

Die internationale Linke kann angesichts der Erfahrungen und der Lehren aus der ersten Globalen Depression vor fast 80 Jahren kein Interesse haben, sich zurückzulehnen und die Entwicklung vor die Wand laufen zu lassen. Der katastrophale Prozess der Entwertung und Deflationierung von Eigentumstiteln schlägt nicht nur auf die Verwertungsbedingungen der Realwirtschaft durch, sondern auch auf die zahlungsfähige Nachfrage, die Alterssicherungssysteme, Vermögensanlagen, Darlehen und Kreditkartenschulden sowie Wohnungshypotheken breiter Teile der Arbeitnehmerschaft und Mittelschichten. Die zentrale Aufgabe in der zugespitzten Situation kann nur lauten, diese sich selbst verstärkende Abwärtsspirale zu bremsen und zu stoppen, um daran anknüpfend Ansätze einer rationalen Neuorganisation des Reproduktionsprozesses und seiner Finanzierung anzustoßen.

Kurzfristig stehen dabei in der aktuellen politischen Situation zwei zentrale Hebel in Deutschland, aber auch in anderen Industrieländern *als Sofortmaßnahmen* im Vordergrund:

- Zurückdrängung des Renditedrucks, der den Ansprüchen von Privatvermögen und institutionellen Finanzakteuren entspringt, durch eine radikale Umkehr der Umverteilung von unten nach oben (Vermögen- und Erbschaftsteuer, drastisch erhöhter Spitzensteuersatz) mit den beiden Zielen Stärkung der Massennachfrage und der Finanzmittel der Öffentlichen Hand.
- massive Ausweitung öffentlicher und öffentlich finanzierter Investitionen.

Die neoliberalen Parteien in Deutschland sind zu diesen Schritten nicht in der Lage bzw. nicht bereit. Zwar werden mit jedem neuen Mini-Crash die Stimmen nach deutlichen Eingriffen in das entfesselte Finanzsystem immer lauter. In fast allen entwickelten kapitalistischen Ländern wird gerade die massive Ausweitung staatlicher Eingriffe in die Ökonomie auf den Weg gebracht, die jahrelang in die Mottenkiste der 70er Jahre verbannt war.

Selbst der Bundesfinanzminister räumt nun erstmals öffentlich – wenn auch nur in Randbemerkungen versteckt – als Fehler ein, man habe sich der Deregulierung „ergeben“. Die SPD-Führung präsentiert ein Papier mit weitgehenden Maßnahmen zur Regulierung des Kreditsystems und für staatliche Konjunkturprogramme, blendet aber alle Fragen der Verteilung und der Alterssicherung aus. Von der Bundesregierung ist diesbezüglich nichts zu vernehmen. Substantielle Eingriffe in die Verhältnisse werden strikt abgelehnt, an der zum epochalen Ziel deklarierten Absenkung der Staatsquote und der Einhaltung der Maastricht-Grenzen wird festgehalten. Gleichzeitig

werden im Bundestag Gesetze eingebracht, die De-Regulierung des Finanzmarktes fortsetzen.

In mehr oder weniger allen kapitalistischen Industrieländern grassiert die Politikfeindlichkeit und noch stärker die Ablehnung der Parteien. Davon ist auch DIE LINKE betroffen, die immer noch mit erheblichen internen Widersprüchen belastet ist. Obwohl das Vertrauen in die Nachhaltigkeit des Kapitalismus durch die Finanz- und Wirtschaftskrise stark erschüttert ist, kann sie kaum davon profitieren. Ihr Zulauf wird nicht etwa wie vielfach angeboten deshalb gebremst, weil in der Krise sich die Menschen an die Mächtigen hielten, sondern durch ihr mangelndes Vertrauen in die Machbarkeit und Durchsetzbarkeit der angesichts der Tiefe der Krise unvermeidlich sehr weitgehenden Umbaukonzepte der LINKEN. Daran gilt es vorrangig zu arbeiten.¹

Eine völlig neue Qualität der Umgestaltung

Eine Umkehr der erdrurtschartigen Entwertung von Eigentumstiteln verbunden mit der Einleitung einer Reorganisation der Ökonomie wird unweigerlich auf massive Widerstände in der Gesellschaft stoßen. Dies betrifft angesichts der Dominanz von Vermögensansprüchen gerade auch das Problem ihrer Enteignung. Die Aufgabe, die dabei auf die politische Linke, die Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen zukommt, ist gewaltig und nicht ohne Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung zu haben.

Was die deutsche Linke noch vor sich hat, ist beim Kampf um die USA-Präsidentschaft vorgemacht worden: Der Umschwung von einer erschreckend fortgeschrittenen politischen Apathie der Wählerschaft in eine Massenbegeisterung für Obama, der diesen Prozess in drei Worte gefasst hat: Yes, WE can (Hv. HA). Eine derartige substantielle und nachhaltige Veränderung der Akzeptanz von Politik und verbunden damit der politischen Kräfteverhältnisse im Lande hat die erfolgreiche Umsetzung des Politikwechsels zur Bedingung.

Der Wechsel betrifft drei Kernbereiche, die mehr oder weniger gleichzeitig betroffen und *deren Umgestaltung unverzichtbare Bedingung* sind: Die Reorganisation der gesamten Ökonomie, den Umbau staatlicher Strukturen und das Gesellschaftsbewusstsein. Dies impliziert eine *radikale Veränderung gegenüber früheren Versuchen der Etablierung einer neuen Gesellschaftsformation*, die mehr oder weniger alle auf eine zeitliche Abfolge der drei Bereiche abzielen: Zuerst die Überführung der privaten in die staatliche Eigentumsform, dann der Umbau zentraler Bereiche der Ökonomie und mit gewissem zeitlichem Abstand die Transformation des Gesellschaftsbewusstseins. Diese Schrittfolge von Zeitfenstern ist angesichts der grundlegend veränderten ökonomischen und staatlichen Strukturen (Übergang vom Fordismus zum Finanzmarktkapitalismus, „Eigenverantwortung“ statt staatlicher Bevormundung, Entwicklung der Individualisierung und Individualität mit der Folge der Ablehnung von Kommandostrukturen) heute zum Scheitern verurteilt.

Die Bedeutung der Eigentumsfrage im Bankenwesen

¹ Auch Attac steht vor neuen Mobilisierungsfragen: In der Süddeutschen Zeitung vom 27.1.09 ist zu lesen: „Es gibt im Augenblick wenig Bedarf, den Leuten zusagen, dass es so nicht weitergeht“, erklärt eine Attac-Sprecherin nüchtern. „Dafür ist es zu offensichtlich“. Es gibt jetzt viel mehr zu tun: Die Bedenkenträger der Globalisierung, die über den Protest leicht ihr Profil schärfen konnten, müssen nun konkrete Angebote vorlegen. „Wir kommen jetzt in eine neue Phase“, sagt Wahl, einer der Mitbegründer von Attac Deutschland. Jetzt geht es nicht mehr nur um Kritik, es geht um Konzepte.“

Von diesen Veränderungen ist auch die Frage des Stellenwerts des Wechsels von Eigentumsformen betroffen. Mit der krisenhaften Entwicklung des Kreditwesens ist die Verstaatlichung vor allem der privaten Großbanken auf die Tagesordnung gesetzt. In Teilen der Linken kulminiert dies in der Forderung der Übertragung des gesamten Finanzsystems, also aller Privat- und Genossenschaftsbanken inkl. der Versicherungsgesellschaften in öffentliches Eigentum.² Dessen Überführung in staatliches Eigentum stelle die *Voraussetzung* dar, um die anvisierte Neuorganisation des Reproduktionsprozesses erfolgreich bewältigen zu können. Die Entwicklung wird konzipiert in einer zeitlichen Abfolge.

Dagegen steht die skizzierte These der *Parallelität*, der Zeitgleichheit bestimmter Umgestaltungspfade. Die Vorstellung von der zeitlichen Voraussetzung der Eigentumsüberführung im Kreditsystem unterschätzt gleich mehrere zentrale Zusammenhänge, die deutlich machen, dass weit mehr als die bloße Überführung in Gemeineigentum gefordert ist - Umgestaltungen, die den spezifischen *Prozess-Charakter der Vergesellschaftung im Unterschied zur Verstaatlichung* veranschaulichen:

- Das Gewicht des politischen und gesellschaftlichen Widerstands. Der Verweis auf die Entschädigungsfrage mag hier genügen. In Artikel 14, Absatz 3 ist die Enteignung unter zwei, sehr allgemein gehaltenen Bedingungen zulässig: Sie muss dem „Wohle der Allgemeinheit“ dienen und bedarf der „Entschädigung“. Letztere ist wiederum sehr allgemein formuliert „unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Interessen der Beteiligten zu bestimmen.“ Es ist offenkundig, dass etwa die Frage der Rechtmäßigkeit der Enteignung der Deutschen Bank oder der Allianz massivste politische Auseinandersetzungen produzieren wird, begleitet von langwierigen juristischen Konflikten bis zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Maßnahmen. Solche Auseinandersetzungen können - neben der Frage der Mobilisierung der für die Entschädigung notwendigen Finanzmittel - eine erhebliche Belastung des für die Umgestaltung notwendigen politischen Kräfteverhältnisses darstellen, die die politische Linke bewältigen muss. Dies unterstreicht, wie unverzichtbar die breite gesellschaftliche Unterstützung des Reformprozesses ist.
- In der bestehenden Situation der Kreditklemme ist die Stabilisierung des Kreditflusses an die Ökonomie unverzichtbar. Ein Kreditsystem, das mit einer großen, über längere Frist andauernden Unsicherheit über seine Zukunft belastet ist, könnte sich als blockierender Faktor für diese Stabilisierung herausstellen.
- Wesentlich für Wiederankurbelung des Kreditflusses ist der tiefgreifende Um- und Ausbau der öffentlichen Aufsicht über das Kreditwesen in der Richtung, wie sie in Ansätzen vom neuen US-Präsidenten jetzt gefordert wird (und von der Bundesregierung bislang versäumt wurde).
- Die Umkehr der Verteilung von unten nach oben bedarf gravierender Eingriffe in die Besteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften, die auf massive Widerstände stoßen wird und mindestens die gleiche strategische Bedeutung hat wie die Eigentumsfrage bei Banken.
- Die Implementierung der skizzierten, für die Re-Stabilisierung der Ökonomie notwendigen finanziellen Ressourcen muss kompatibel sein mit den Finanzierungsstrukturen vor Ort. Hier steht die politische Linke vor dem Problem des Finanzföderalismus, der große Eingriffs- und Blockadepotentiale der neoliberalen Parteien auf Länderebene gegen die Umgestaltung bietet, die vom Streit über Verfassungsmäßigkeit der Eigentumsüberführung genährt werden können.
- Gleichzeitig existieren große regional- und strukturpolitische Herausforderungen mit Blick auf die Umsetzung der Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur vor Ort, die zudem

² Vereinzelt wird auch die Ausweitung auf bestimmte, nicht näher charakterisierte „Schlüsselindustrien“ gefordert.

vielfach mit erheblichen Eingriffen der Umstrukturierung von Produktionssektoren verbunden sein müssen (im Transport-, Energie- und Gesundheitssektor z.B.), die einen funktionierenden Kreditfluss voraussetzen.

- Die privaten Alterssicherungssysteme sind massiv von den Entwertungsprozessen betroffen. In den USA belaufen sich die durch die Finanzkrise produzierten Verluste der Pensionsfonds auf 2.000 Mrd. US-\$, auch aus Großbritannien, der Schweiz und lateinamerikanischen Ländern werden deutliche Entwertungsprozesse berichtet. In Deutschland sind die Pensionsfonds der DAX-Konzerne nur noch zu zwei Dritteln gedeckt. Der erforderliche radikale Politikwechsel ist unmittelbar mit der Reform der Alterssicherung konfrontiert, der in seiner Bedeutung die Frage der Eigentumsübertragung übertrifft.
- Ein weiteres Problem stellt heute das im Finanzmarktkapitalismus erreichte Ausmaß der internationalen Verflechtung der Finanzströme dar. Dies betrifft insbesondere die Finanzierung der Staatsschulden. Die aktuell von vielen Ländern aufgelegten Konjunkturprogramme erhöhen die Finanzierungsdefizite der öffentlichen Haushalte. Irland hat schon jetzt ein Haushaltsdefizit von 13 % des BIP, Großbritannien von über 9%, Spanien von 6%, Frankreich und Italien ca. 4%, auch Deutschland wird das Maastricht-Kriterium mindestens bis 2010 reißen. Die Ratingagentur Standard&Poor's hat soeben Griechenland und Spanien im Länderrating herabgestuft, Großbritannien und Irland stehen auf der Beobachtungsliste, griechische Staatsanleihen sind kaum noch refinanzierbar. Es ist offensichtlich, dass wie einst in Chile ein in Deutschland in der skizzierten Qualität intendierter Umgestaltungsprozess S&P - die laut Bafin-Chef Sanio größte unkontrollierte Macht der Finanzmärkte - auf den Plan rufen wird, völlig unabhängig von möglichen Enteignungsmaßnahmen. Die zu erwartende heftige Auseinandersetzung um die Verstaatlichung der Privatbanken und Versicherungen wird dieses Problem verschärfen und die Gefahr einer Herabstufung Deutschlands mit der Folge höherer Zinslasten erhöhen, d.h. zu einer Verteuerung staatlicher Anleihen führen. Jeder Zinspunkt mehr kostet den Staat drei Mrd. Euro mehr an Zinsen. Ebenso wie die Regulierung der Finanzmärkte, die dringende Neuordnung der Währungsbeziehungen und die Schließung der Steueroasen kann die Eigentumsfrage nicht losgelöst von den internationalen Folgen und Zusammenhängen diskutiert werden.
- Die Überführung in öffentliches Eigentum steht vor dem Problem, mit welchem Personal Banken und Versicherungen arbeiten sollen. Es dürfte unstrittig sein, dass vor dem Hintergrund der Dominanz des Renditestrebens und der renditeabhängigen Vergütungsstrukturen die Bewusstseinsstrukturen des Bankenpersonals ab einer bestimmten Vergütungsstufe sehr stark von einem allein auf die eigene Person zugeschnittenen Gewinnstreben beherrscht sein wird. D.h. auch bankenintern ist mit großen Widerständen gegen die Neuorientierung und insbesondere gegen die Eigentumsüberführung zu rechnen, die natürlich nicht ohne erhebliche bankeninterne Reorganisationsprozesse auskommt. *Die bloße Eigentumsüberführung ohne tiefgreifenden Umbau der vorhandenen Strukturen des Kreditwesens ist von vorneherein zum Scheitern verurteilt.* Dies wird durch das katastrophale Versagen fast aller Landesbanken anschaulich vor Augen geführt.

Überführung in Gemeineigentum als gezielte und begrenzte politische Intervention

Eine völlig andere Frage ist, ob im Maße der Zerrüttung des Kreditsystems und der Entwertung von Eigentumstiteln einzelne Banken (und Versicherungen) in einem Ausmaß betroffen sind, dass die Kreditversorgung der Gesellschaft gefährdet ist. Dann wird die Frage der Eigentumsüberführung *von einer Grundsatzfrage zur Frage der Zweckmäßigkeit*. Konkret kann sich z.B. erweisen, dass die Belastung der Bilanz etwa der Commerzbank mit faulen Papieren so hoch ist, dass die Bank handlungsunfähig wird. Da sich dies u.a. im Aktienkurs (zur Zeit bei drei Euro) widerspiegelt, stellt die Entschädigungsfrage finanziell und auch verfassungsrechtlich kein Problem dar. Dass in solcher Situation die Eigentumsübertragung im „Wohle der Allgemeinheit“ liegt, dürfte

unstrittig sein. Insofern steht zum gegenwärtigen Zeitpunkt des Verfalls des Kreditwesens, der sich zudem absehbar verschärfen wird, die Forderung nach Überführung des Eigentums der beiden großen Privatbanken Deutsche Bank und der Commerzbank politisch auf der Tagesordnung.³

Die Frage der Eigentumsüberführung im Kreditwesen stellt sich nicht als Grundsatzfrage, sondern pragmatisch. Sie wird von der *Voraussetzung zum Resultat* eines Umgestaltungsprozesses, in dem die Entwicklung einer breiten politischen und gesellschaftlichen Unterstützung eine zentrale Bedeutung hat. In diesem Kontext wird die Verstaatlichungsfrage zur Frage eines gesamtgesellschaftlichen Prozesses. So verstanden steht heute bei der fortgeschrittenen Destabilisierung des Kreditwesens die „Vergesellschaftung der Banken“ auf der politischen Agenda der Linken.

³ Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag hat soeben einen Antrag „Großbanken vergesellschaften“ eingebracht. Dabei sind allerdings die Fragen Entschädigung, Re-Regulierung der Finanzmärkte und internationale Implikationen nicht angesprochen.